

## Demokratie in der global vernetzten Welt - ein Auslaufmodell?

„Deutschland wird seine Bemühungen beim Klimaschutz drastisch verstärken. Wenn dadurch das Wirtschaftswachstum abwandert, dann sei es so. Wenn dadurch Arbeitsplätze abwandern, dann sei es so. Die Besteuerung für Unternehmen wollen wir spürbar anheben. Damit können wir unsere zahlreichen internationalen Verpflichtungen auch in Zukunft finanzieren. Gewinnorientierte Unternehmen werden öfter in unseren Nachbarländern investieren und deren Volkswirtschaften können aufblühen und gedeihen – konsequent möchten wir unseren bisherigen Weg weiterverfolgen, bis hin zum Importweltmeister. Darüber hinaus schnüren wir ein umfassendes Entwicklungshilfepaket, das ein hohes Kontingent für Wirtschaftsflüchtlinge vorsieht. Wenn es sein muss, dann holen wir die Ärmsten der Armen aus ihren Slums und bieten ihnen hier in Deutschland eine neue Lebensperspektive.“

Das waren Ausschnitte der Wahlkampfrede der deutschen Bundeskanzlerin vom 01. Mai 2052. Was ist zwischen 2020 und 2050 geschehen, das Politikerinnen und Politiker in Machtpositionen so sprechen lässt?

Eine Öffnung der Grenzen ist passiert! Selbstverständlich handelt es sich hierbei nicht um eine Öffnung für den grenzüberschreitenden Handel mit Computerchips und Bananen oder um Finanztransaktionen, das gab es auch schon lange vor 2020. Diesmal wurden die Schranken für Wählerstimmen aufgehoben. Die deutsche Regierung wurde 2048 von Franzosen, Italienern, Spaniern, Briten, Polen, Kanadiern, Tschechen, US-Amerikanern, Ungarn, Holländern, Türken, Dänen, Letten, Mexikanern, Österreichern und neben vielen weiteren auch von Deutschen gewählt.

Die politische Mitbestimmung über Staatsgrenzen hinaus hat im Laufe des 21. Jahrhunderts den Egoismus der Regierungen aus dem 20. und frühen 21. Jahrhundert hinweggefegt. Versuchen Sie einmal mit dem Slogan „America first!“ die Gunst von kanadischen, mexikanischen oder europäischen Wählerinnen und Wählern zu ergattern. Dabei wünsche ich Ihnen viel Glück, Sie werden es brauchen.

Die Herausforderungen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts haben eine grundlegende Veränderung des politischen Systems provoziert. Der Klimawandel war damals am Vormarsch und die internationale Kooperation nicht ansatzweise ausreichend, um einem derartigen Problem effektiv begegnen zu können. Soziale Verwerfungen - die Kluft zwischen arm und reich - haben historische Höchststände erreicht. Und ein technologisches Wettrüsten zwischen den Nationen hat nach einem neuartigen Sicherheitsmechanismus verlangt.

Beim neuen politischen System wurde das Übel an der Wurzel gepackt: Egoismus. Egoistische Regierungen werden kaum Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, um das Klima anderer Nationen zu schützen und zugleich im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb Nachteile hinnehmen. Egoistische Regierungen werden kaum auf eine Aufrüstung verzichten, um die Sicherheitsinteressen anderer Staaten zu wahren. Egoisten fokussieren sich voll und ganz auf sich selbst und zwar auf Kosten anderer. So wachsen und gedeihen globale Probleme, bis sie eine existentielle Bedrohung für die gesamte Menschheit darstellen können. Strukturell handelt es sich dabei um das Gefangenendilemma, Egoisten scheitern im Umgang damit vorhersehbar.

Indem Regierungen um den Erdball herum auf Stimmenfang gehen müssen, um wiedergewählt zu werden, sind sie gezwungen die Perspektiven und Anliegen anderer Völker zu verinnerlichen. Die politische Mitbestimmung über Staatsgrenzen hinweg hat so eine selbstbezogene, beinahe schon psychopathisch anmutende politische Struktur, in eine empathische politische Struktur umgewandelt. Die Demokratie galt nunmehr als das Sinnbild einer vergangenen und auf Egoismus

aufbauenden Ära, die Reziprokratie wurde zugleich zum Symbol einer tiefgreifenden Kooperation und Integration der Staaten und deren Bevölkerungen. Eine global wirkmächtige und eng vernetzte politische Struktur konnte sich etablieren und das ganz ohne die Gefahren eines Weltstaates.

Die Demokratie hat traditionell die Selbstbestimmung der Völker betont, die Reziprokratie hat die Vertiefung der Beziehungen zwischen Völkern ins Zentrum des politischen Geschehens gestellt. Nicht die Völker selbst sind der wesentliche Aspekt in einer global vernetzten Welt, sondern das was Völker miteinander in Beziehung setzt und verbindet.

Eine wechselseitige politische Mitbestimmung über Staatsgrenzen hinweg hat aber nicht nur dem Egoismus auf geopolitischer Ebene den Garaus gemacht, sondern auch das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft berichtigt. Eine global entfesselte Wirtschaft hat die Politik vor sich hergetrieben und den Primat der Politik deutlich infrage gestellt. Die Drohung, gewährt uns Steuererleichterungen oder wir investieren im Nachbarland, steht stets im Raum. Regierungen können leicht erpresst werden, denn die Wählerinnen und Wähler wollen wirtschaftliche Chancen und sichere Arbeitsplätze. Ein Regierungschef lässt sich womöglich beeindrucken, wenn ein Konzernchef Arbeitsplätze ins Ausland verlegen möchte. Wenn diese neu geschaffenen Jobs im Ausland ebenfalls meinen Wählerinnen und Wählern zugute kommen, eben meinen Wählerinnen und Wählern aus anderen Staaten, dann verliert die Drohung der Verlagerung eines Produktionsstandortes spürbar an Schärfe. Regierungen können von international agierenden Unternehmen nicht mehr so leicht gegeneinander ausgespielt werden und die Politik gewinnt an Handlungsmacht zurück - der Primat der Politik kann wirksam werden.

Michael Walzer hat in seiner vielbeachteten Antwort auf die rawl'sche Gerechtigkeitstheorie, Sphären der Gerechtigkeit, die gerechte Gesellschaft an einem ausgewogenen Verhältnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Sphären festgemacht. Wenn die wirtschaftliche Sphäre, weil sie global agiert, die politische Sphäre, die insbesondere national präsent ist, dominiert, so laufen wir Gefahr einer Tyrannei der Wirtschaft anheimzufallen. In der modernen Welt drückt sich das insbesondere durch die Tyrannei des Geldes aus, etwas, das die meisten Menschen der modernen Gesellschaften wohl unterschreiben würden. Ein Gleichgewicht zwischen der politischen Sphäre und der wirtschaftlichen Sphäre kann erreicht werden, wenn die Grenzen eben nicht nur für Menschen als Konsumentinnen und Konsumenten geöffnet werden, sondern wenn die Grenzen auch für Menschen als Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden. Wenn dadurch die schädliche Dysbalance zwischen einem globalen Markt und einer nationalen Politik aufgehoben werden kann, dann ergibt sich für die Politik auch die Chance das Wirtschaftssystem so umzugestalten, dass es nachhaltig den Interessen dieser und künftiger Generationen dient, ohne zielsicher auf einen ökologischen Kollaps zuzusteuern.

Aufgrund der Kürze des vorliegenden Papers konnte nur auf die grundlegendsten Aspekte des politischen Systems der Reziprokratie eingegangen werden. Welche Voraussetzungen, Einschränkungen und Möglichkeiten der konkreten institutionellen Ausgestaltung bestehen, kann im Rahmen einer längeren Darstellung behandelt werden.